

Verlagstaglich
1873 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Friedrichstraße 22.
Gemeinverord. Haupt-Redaction
Dr. Pöhlner in Dresden.
Für d. polit. Theil verantwortlich
Dr. Ernst Engel in Leipzig.
Entscheidungen der für die nach-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
11 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.
In den Anzeigen für Inf.-Anzeigen:
Etsa Klein, Unterwiesend. 22,
Königsplatz, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

N^o 353.

Montag den 18. December

1876.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 17. December.

Die durch die Blätter gehenden Nachrichten über ein in Bezug auf die Justizgesetze bereits abgeschlossenes Compromiss beruhen auf mehr oder weniger bogen Gerüchten und Verwehungen. Die Verhandlungen waren in den letzten Tagen lebhaft im Gange und von Seiten der dieselben führenden Vertrauensmänner wird strenge Discretion beobachtet. Bis jetzt läßt sich nur so viel sagen, daß die Aussichten für das Zustandekommen eines Ausgleichs nicht ungünstig sind.

Wenn Herr von Bennigsen als der Mittelpunkt dieser vertraulichen Verhandlungen bezeichnet wird, so muß hinzugefügt werden, daß vor Allem der Präsident von Nordenfalk sich um eine schließliche Verständigung eifrig bemüht, und daß auch andere einflussreiche, selbst zum linken Flügel der Nationalen liberalen gehörige Stimmsführer in derselben Richtung thätig sind.

Es wird jetzt allgemein angenommen, daß die Session des Reichstags vor dem Feste geschlossen werden wird. Eine Ausdehnung derselben bis zu Neujahr wäre nicht rathsam, da schwerlich auf eine beschlußfähige Versammlung in der Zwischenzeit zwischen Weihnachten und Neujahr zu rechnen wäre und eine kurze Nachsession nach Neujahr ist wegen der Neuwahlen unthunlich. Andererseits ist aber vorauszusetzen, daß die dritte Lesung der Justizgesetze nicht viel Zeit in Anspruch nehmen wird, da in den jetzt stattfindenden vertraulichen Vorbesprechungen schon die Entscheidung gesucht werden muß.

Von den 70 Wahlen für das württembergische Abgeordnetenhaus sind, dem „Schwäbischen Merkur“ zufolge, jetzt 55 definitiv vollzogen. Es sind noch 10 Nachwahlen und 5 Stichwahlen erforderlich. Die deutsche Partei und die Mittelpartei haben bis jetzt zusammen zwei Drittel der Stimmen. Die Volkspartei hat sich um ein bis zwei Mitglieder vermindert, welche dieselbe an die katholische Landespartei verloren hat. Letztere zählt 12 bis 13 Mitglieder. Das Verhältnis der deutschen Partei zu der Mittelpartei hat sich etwas zu Gunsten der letzteren verschoben.

Die Vorconferenz in Konstantinopel hat einige Tage ihre Sitzungen unterbrochen, vermuthlich um über die Frage betreffs Bulgariens und der dieselbe betreffenden Vorschläge sich vorher genau zu informiren. Es heißt, Salisbury wolle die Garantie, welche eine Occupation überflüssig mache, in der Errichtung eines Genoa-Armee-corp's suchen, welches aus belgischen und italienischen Soldaten bestehen soll.

Es wird als zuverlässig angegeben, daß Rußland zunächst eine gemeinsame Occupation der neutralen Mächte und beim Widerstand der Pforte die Besetzung Konstantinopels durch England, Bulgariens durch Rußland und Rumänien, Bosniens und der Herzegovina durch Oesterreich, Thessaliens und von Epirus durch Italien vorzuziehen.

Es circuliren Gerüchte von beunruhigenden Truppenbewegungen am Pruth, die den Einmarsch der Russen in Rumänien als bevorstehend erscheinen lassen. Es liegt jedoch diesen Gerüchten eine übertriebene Auffassung der Truppenverschiebungen in Südrußland zu Grunde, nachdem die bisherigen Bewegungen der russischen Süd-Armee nur die vollständige Mobilisirung und die Vorbereitungen zu einem Aufmarsch längs der bosnanischen Grenze betrafen. Das Eintreffen der Uraler und Reservisten zu den Armee-corp's bei Kischeneu und Deffa bedingt selbstverständlich die Mobilisirung nahe aneinander gehaltener Truppen-Abtheilungen und diese mag die Veranlassung zu den erwähnten Gerüchten gegeben haben, obwohl die russische Armee ihren Aufmarsch am Pruth noch nicht vollzogen hat und diesen Flug also auch innerhalb eines gewissen Zeitraumes nicht überschreiten kann.

Der Papst hat am Sonnabend die Kaiserin Eugenie in einer halbständigen Audienz empfangen. Die Kaiserin war von dem Cardinal Bonaparte begleitet.

Bürgerversammlung

am 18. December 1876.

(Schluß.)

Herr Peter Ulrich bekennt das wechselseitige Verhältnis zwischen Städtischen Verein und Gemeinlicher Gesellschaft, erinnert an das in einer Bürgerversammlung gegebene Versprechen des Abw. Rud. Schmidt, oftmals Bürgerversammlungen zu berufen, und empfiehlt als Mittel zu einer wirklich geheimen Abgabe der Stimmzettel die Einlegung derselben in Couverts. Auch er widmet dann dem Tagesblatte einige Worte der Liebe. Es habe vom Standpunkte der herrschenden Partei aus ganz recht geheißen; übrigens sei es ja dem Rathe gegenüber dahin vinctulirt,

„nicht das Geringste gegen den Stadtrath zu veröffentlichen“, widrigenfalls der Rath bejugt ist, den Redacteur sofort zu entlassen.“ Das Tagesblatt habe also seinem Brodherrn nur geleistet, was es zu thun schuldig gewesen; das Auftreten des Tagesblattes werde sich nicht eher ändern, als bis Rath und Stadtverordnete sich selbst und den betreffenden Vertrag geübert hätten. Sonst müßte das Tagesblatt von der Bühne verschwinden (?), nicht mehr als Frühstücksorgan gelesen werden. Zeit freilich schwöre der gute Bürger auf sein Tagesblatt, und wenn Derselbe in einer Versammlung gewesen und hernach finde, daß das Tagesblatt ganz etwas Anderes berichtet, als gesagt worden, so glaubt der gute Mann lieber, sein Ohr habe ihn getäuscht, als daß das Tagesblatt dies thue. (Große Heiterkeit.) Anstand im Auftreten sei auch nicht von allen Seiten zu verlangen, welche das Tagesblatt beschäftige, und wenn es den Bürgerauschuss, welchem er, Redner, angehört hat, ein trübes Gemenge“ nenne, so bemerke er, daß er sich noch lange nicht mit jedem Berichterstatter des Tagesblattes auf eine Stufe stellen lasse. Das Tagesblatt habe die Liste „Sparfamkeit“ als eine reichsfeindliche bezeichnet; solle Das vielleicht auch von der Person des daraus befindlichen Staatsanwalts Hofmann gelten? (Heiterkeit.) Dr. Senf verdrone entschieden Tadel, daß er den Bericht des Tagesblattes nicht bestätigt hat. Abw. Hesse bemerkt später hierzu, daß eine solche Berichtigung vielleicht noch erscheinen werde. Schließlich geht Herr Ulrich auf die Angelegenheit des Kaufes des Wagner'schen Grundstücks (vor dem Heizer Thor) ein; die Männer, welche dieses Grundstück zur rechten Zeit der Stadt vor der Nase wegelaufen haben, hätten bedenken sollen, daß so Etwas für Stadtrath und Stadtverordnete sich nicht ziemt. (Bravo.) Es sei sehr zu wünschen, daß diese Angelegenheit noch einmal in einer besonderen Bürgerversammlung erörtert würde, und er werde einen entsprechenden Antrag an das Präsidium bringen.

Abw. Dr. Lannert vermutet, daß das Tagesblatt unter den Stadtverordneten, „welche ihre Verdienste nicht genug anerkannt sehen“, wohl besonders auch ihn gemeint habe. Er sei aber außerordentlich zufrieden, nach vierjähriger Thätigkeit als Stadtverordneter einer Stellung entlassen zu sein, welche so viele persönliche Opfer verlangt. Das Tagesblatt, welches Amtsblatt des Rathes ist und gewissermaßen unter der Disciplin des Rathes steht, hat oft und verächtlich gesagt, daß nur Nationalliberale im Rathe und im Stadtverordnetencollegium sitzen dürften. Wie werde sich unter solchen Voraussetzungen die Zukunft der Stadt entwickeln? Die „scharfe Controlle“, welche durch die Stadtverordneten geführt werden soll, werde dann sicher eine sehr gemüthliche Form annehmen, besonders wenn noch eine gewisse verwandtschaftliche, freundschaftliche, gewalterschaftliche, schwägerchaftliche Conglomeration hinzutrete. Dann würde man nur noch das Bild einer „erweiterten Sitzung der Gemeinlichen Gesellschaft“ haben. Wenn glücklicherweise Rath und Stadtverordnete in allen Gliedern nationalliberal sind, so werden sich vielleicht auch die Beamten bemühen müssen, nationalliberal auszuweisen, wenn sie sich angenehm machen wollen. Ein so einseitiges Vorgehen, das alle anderen Parteien ausschließt, sei aber auch höchst unklug, denn wenn nun einmal Fehler begangen werden, oder auch nur Unfälle eintreten, so werde nicht die Schuld der Partei der Nationalliberalen aufgebunden werden. Redner empfiehlt, die durch die Bürgerversammlung einmal betretene Bahn der Definitivität ja nicht zu verlassen, sondern in den Bürgerversammlungen einen Ausdruck der öffentlichen Meinung und eine Controlle zu schaffen.

Abw. Franke giebt zwar zu, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihren Berichten sich unparteiisch gehalten hat, aber im Uebrigen sei auch sie doch ein nur für die nationalliberalen Interessen ersprechendes Blatt. Dr. Senf, welcher wissen müsse, daß seine Partei das Tagesblatt als rechten Arm benutzt, hätte auch die Verpflichtung gehabt, dasselbe zu controliren und die vorgekommene Entstellung sofort zu berichtigen. Was auf der Geldweise gegen ihn, Redner, erschienen, sei nur eine Verbrechung seiner Worte; wer Das geschrieben, habe einen Act der Nichterträglichkeit begangen.

Abw. Lannert berührt noch die Ablehnung des von Herrn Reichert in der letzten Stadtverordnetenversammlung gestellten Antrages, daß eine billige Ausgabe des städtischen Haushaltplanes hergestellt werden möge, und erwähnt dabei, daß in der bezüglichen Debatte den Bürgern das Verständnis für ein solches Bisherwerk abgeprochen worden sei. Dagegen bemerkt Stadtverordneter Ludwig, dessen Rede

auf baldige Veranstaltung einer Bürgerversammlung durch den Städtischen Verein schließen ließ, daß er so absprechende Aeußerungen keinesweges vernommen habe. Dr. Lannert bezeichnet namentlich den Stadtverordneten Dr. Blum als Denjenigen, von welchem solche Worte gefallen, die ihn würdig machten, wenn wieder einmal ein Ministerium Deut bei und ersticken sollte, reichsfeindlicher, reactionärer Commissar zu werden.“

Die Versammlung schloß damit, daß sie einstimmig sich dahin aussprach:

1) Dem Rath zu ersuchen, daß er eine billige Ausgabe des städtischen Haushaltplanes billig vertreiben lasse;

2) daß sie ihre Mißbilligung gegenüber der Haltung des Tagesblattes bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen erklärt.

Beide Beschlüsse sollen an ihre Adresse befördert werden.

Politische Monatschronik 1876.

XI. Monat November.

(Fortsetzung aus Nr. 328.)

11. Die Wirren im Orient: Ministerpräsident Komunduros rechtfertigt in der griechischen Kammer der angeordneten Rüstungen (siehe den 20. October) damit, daß er sie als einen Protest gegen etwaige einseitige Beschlüsse der europäischen Diplomatie darstellt; im Uebrigen bedeuteten dieselben keine Aenderung in der Politik, und würde Griechenland nach wie vor Neutralität bewahren. Die rumänische Deputirtenkammer giebt ihre Zustimmung zu dem weiteren Verbleiben der Reservisten unter den Fahnen (siehe den 8. October). — Interpellation des Abgeordneten Simony im ungarischen Unterhause über den demaligen Stand der orientalischen Beweidelung — Italien: Cardinal Simeoni, zur Zeit päpstlicher Prosecretair in Madrid, wird zum päpstlichen Staatssecretair ernannt (siehe den 6. d. M.). — Oesterreich: Wiedereröffnung des ungarischen Reichstages.

12. Die Wirren im Orient: Kaiserlich russische Verordnung bezieht die Mobilisirung eines Theiles der russischen Armee und die Concentrirung einer Südarmee, bestehend aus dem 7., 8., 11. und 12. Corp's, unter dem Befehl des Großfürsten Nicolaus mit dem vorläufigen Hauptquartier Kischeneu (Bessarabien), in voller Kriegsbereitschaft. Eine Circulardepeche des Reichskanzlers Fürsten Gortschakow theilt den Mächten die erfolgte Mobilisirungsbefehle mit, betont indessen, daß die Maßregel nur die Erhaltung des Friedens bezwecke, indem sie der Türkei zeige, daß Rußland gewillt sei, die unumgänglich notwendigen Garantien für die christlichen Bewohner des türkischen Reiches auf alle Fälle zu fordern und auszuführen, und zur Erreichung dieser Aufgabe selbst das äußerste Mittel anzuwenden sich nicht scheuen werde. — Die europäischen militärischen Commissare (aus Officieren aller 6 Großmächte bestehend, siehe den 8. d. M.) beginnen mit den Arbeiten der Feststellung der Demarcationslinie. — Eintreffen der österreichischen Zustimmung zu dem englischen Conferenzvorschlag in London. — Rückkehr des Kaisers Alexander II. von Rußland nach seinem Lustschloß Zarsoje Selo bei Petersburg (siehe den 7. d. M.).

13. Rußland: Ende des gegen Straußberg geduldeten Processes wegen betrügerisch geführter Handelsgeschäfte; derselbe wird nach dem Auslande verbannt. — Belgien: Eröffnung der Kammer.

14. Die Wirren im Orient: Der russische Staatsanzeiger veröffentlicht ein Verbot über die weichen und süblichen Grenzen des Reichs (siehe den 13. d. M.). — Interpellation des Abgeordneten Hally im ungarischen Unterhause über die Stellung Oesterreichs, den russischen Rüstungen gegenüber (siehe den 11. d. M.). — Mecklenburg: Eröffnung des Landtages zu Ratshin.

15. Die Wirren im Orient: Auf einem Theil der russischen Eisenbahnen wird, der Truppentransporte halber, der Güterverkehr eingestellt (siehe d. 3. d. M.). — Italien: Marquis Roallic, französischer Botschafter am ital. Hofe, überreicht dem König Victor Emanuel seine neuen Creditivve (siehe den 21. Juli).

16. Die Wirren im Orient: Im ungarischen Abgeordnetenhaus beantragte Ministerpräsident Ujvá die an ihn in der orientalischen Angelegenheit gestellten Interpellationen (siehe den 11. und 15. d. M.) dahin, daß die Sachlage verhindern, zur Zeit genaue Aufschlüsse zu geben, daß aber Oesterreich von Rußland nicht bedroht sei und die Regierung nach wie vor für die Erhaltung des Friedens und die Wahrung der Interessen Oesterreichs thätig sein würde. — Die griechische Kammer giebt dem Ministerium (mit 88 gegen 74 Stimmen) ein Vertrauensvotum und genehmigt hierauf einstimmig die von den Lagunen kriegerischen Maßregeln (siehe 7. d. M.). — General Kravitch zum serb. Ter ernannt

(siehe den 27. October). — Deutsches Reich: Der Reichstag beginnt die 2. Lesung der Reichs-Justizgesetze (siehe den 7. d. M.).

18. Die Wirren im Orient: Großer Ministerrath zu Konstantinopel, nimmt das Conferenzproject an (welches nun seitens aller Mächte Zustimmung erhalten hat). — Kaiserlich russische Verordnung verfügt die Ausgabe von 100 Millionen Rubel Bankbills. — Ein Artikel der englischen Army- und Navy Gazette constatirt die Bormahme umfassender englischer Rüstungen. — Serbische Truppen verlassen den Bosnienfluß, indem sie einige innerhalb der türkischen Linie befindliche Dörfer besetzen. — Die an der Donau concentrirte rumänische Armee zieht sich von der Donau mehr nach der russischen Grenze zurück (siehe den 28. October). — In den spanischen Cortes giebt der Minister des Aeußeren die Erklärung ab, daß spanische Truppen nur für die Interessen Spaniens ihr Blut vergießen würden (wohl in Folge des Gerüchts, daß ein spanisches Truppencorp's in englischem Sold bei etwa ausbrechendem Kriege sich betheiligen solle). — Württemberg: Verlobung des Prinzen Wilhelm (präsumtiven Thronfolgers) mit der Prinzessin Marie v. Waldeck.

19. Die Wirren im Orient: Ein Artikel des Journal de St. Petersburg besagt, daß der Frieden nur erhalten bleiben würde, sofern die Türkei dem Drucke der Mächte nachgäbe und die russischen Garantieforderungen bewillige; andernfalls müßte Rußland zum Kriege schreiten.

20. Die Wirren im Orient: Die türkischen Truppen unter Moustar Pascha (in Bosnien) und unter Derwish Pascha (in Albanien) sind zum größten Theil nach der Donau abgezogen. — Note des türkischen Ministers des Aeußeren, Salvet Pascha, an die Vertreter der europäischen Mächte in Konstantinopel bezieht sich über die Verlegung des Waffenstillstandes seitens der Serben (siehe den 18. d. M.) und ersucht um Gestattung der Beiprovinzialen von Rische. — Italien: Eröffnung der Kammer.

21. Die Wirren im Orient: Abdul Kerim Pascha, Oberbefehlshaber der türkischen Armee gegen Serbien, zum Höchstcommandirenden der eventuell gegen die Russen bestimmten türkischen Donauarmee bestimmt, kehrt für die Dauer des Waffenstillstandes nach Konstantinopel zurück. — Depeche des englischen Staatssecretairs des Aeußeren, Lord Derby, an den englischen Botschafter, Lord Elliot in Konstantinopel theilt diesem mit, daß alle Mächte die Bescheidung der in Konstantinopel abzuhaltenden Conferenz zugestimmt hätten. — Erlaß eines Pferdeausfuhrverbotes in Oesterreich. — Deutsches Reich: Fürst Bismarck kehrt von seinem Pausaufenthalte zu Borj nach Berlin zurück, zunächst um sich an den Verhandlungen des Parlaments zu betheiligen (siehe den 26. Juli). — Oesterreich: Im Abgeordnetenhaus giebt der Finanzminister de Pretis beruhigende Erklärungen über den Stand des Handels und volkswirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn. — Italien: Crispi, Führer der Linken, zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt. — Portugal: Der Herzog von Saldaña, zur Zeit portugiesischer Gesandter in London, als Staatsmann, Minister und General in den letzten 40-50 Jahren lebhaft an den inneren Kämpfen und Umwälzungen Portugals betheiligt, stirbt hochbetagt zu London.

22. Die Wirren im Orient: Die rumänische Deputirtenkammer bewilligt für milde Zwede 400,000 Francs. (siehe den 4. d. M.).

23. Die Wirren im Orient: Erlaß des serbischen Kriegsministers Gruce über eine Reorganisation der serbischen Armee. — General Melikow wird zum Commandanten der in Kaukasien concentrirten russischen Armee (Hauptquartier Kischneu-Eriwan) ernannt (siehe den 13. d. M.). — Die griechische Deputirtenkammer genehmigt die von der Regierung beantragten militärischen Rüstungen (siehe den 20. October). — Belgien: Urtheil in Brüssel, gegen das Ministerium gerichtet. — Egypten: Eröffnung der Deputirtenversammlung.

24. Frankreich: Stürmische Sitzung in der Deputirtenkammer, durch wäklöse Auftreten des Prinzen Napoleon gegen die Bonapartisten veranlaßt. — Italien: Der Herzog von Galliera, einer der reichsten Privatpersonen Italiens, und namentlich durch seine kolossalen Eisenbauten in Genua verdient, stirbt zu Rom.

25. Die Wirren im Orient: Russic, ein Führer der bosnischen Aufständischen, wird auf österreichischem Gebiete verhaftet (später indessen wieder freigelassen). — Frankreich: In der Deputirtenkammer wird ein Antrag des Abgeordneten Boyffet auf gänzliche Abschaffung des Cultusbudgets verworfen.

26. Nordamerikanische Union: Präsident General Grant weist den Kriegsminister an, die Truppen in Süd-Carolina, woselbst zwischen der demokratischen und republikanischen Partei

* Diese ganze Darstellung ist theils vollständig unrichtig, theils auf Mißverständnissen beruhend. D. Red.
** Siehe die vorige Nummerung.
*** Wo ist das geschehen? D. Red.

Anlage 14,800.
Abonnementpreis viertel. 47/8 M.,
incl. Frangirlohn 6 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter
ohne Postbestellung 36 M.
mit Postbestellung 46 M.
Inserate 40 Pf. Courant, 20 Pf.
Größere Schriften laut anstehendem
Preisverzeichnis — Labelschriften
Satz nach Ueberein. Latz.
Reclamen unter dem Buchstaben
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind Best an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro anno voran
oder durch Postnachsch.